



21.405

**Parlamentarische Initiative
grüne Fraktion.
Mehr Demokratie wagen.
Stimm- und Wahlrecht
für Ausländerinnen und Ausländer**

**Initiative parlementaire
groupe des Verts.
Oser davantage de démocratie
en donnant le droit de vote
et d'éligibilité aux étrangers**

Vorprüfung – Examen préalable

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.06.22 (VORPRÜFUNG - EXAMEN PRÉALABLE)

21.414

**Parlamentarische Initiative
Atici Mustafa.
Stimmrecht für alle
in kommunalen Angelegenheiten
nach fünf Jahren Wohnsitz
in der Schweiz**

**Initiative parlementaire
Atici Mustafa.
Accorder le droit de vote
et d'élection au niveau communal
à toutes les personnes domiciliées
en Suisse depuis plus de cinq ans**

Vorprüfung – Examen préalable

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.06.22 (VORPRÜFUNG - EXAMEN PRÉALABLE)

21.405

Antrag der Mehrheit
Der Initiative keine Folge geben





Antrag der Minderheit

(Klopfenstein Broggini, Barrile, Glättli, Gysin Greta, Marra, Marti Samira, Masshardt, Widmer Céline)
Der Initiative Folge geben

Proposition de la majorité

Ne pas donner suite à l'initiative

Proposition de la minorité

(Klopfenstein Broggini, Barrile, Glättli, Gysin Greta, Marra, Marti Samira, Masshardt, Widmer Céline)
Donner suite à l'initiative

21.414

Antrag der Mehrheit

Der Initiative keine Folge geben

Antrag der Minderheit

(Marra, Barrile, Glättli, Gysin Greta, Klopfenstein Broggini, Marti Samira, Masshardt, Widmer Céline)
Der Initiative Folge geben

Proposition de la majorité

Ne pas donner suite à l'initiative

Proposition de la minorité

(Marra, Barrile, Glättli, Gysin Greta, Klopfenstein Broggini, Marti Samira, Masshardt, Widmer Céline)
Donner suite à l'initiative

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten.

Glättli Balthasar (G, ZH): Es gab einmal einen Artikel in der "NZZ". Deshalb benutze ich zum Ablesen diesen Apparat. Linda Koponen ist "NZZ"-Journalistin mit finnischem Pass. Sie hat in einem Leitartikel zum Thema "50 Jahre Frauenstimmrecht in der Schweiz" geschrieben: "Die Ausländerinnen von heute sind die Frauen von damals." Damals wurden 50 Prozent aller erwachsenen Personen wegen ihres Geschlechts vom Stimm- und Wahlrecht ausgeschlossen. Heute liegt es am fehlenden Schweizer Pass. Von Täsch über Paradiso, Spreitenbach, Birr oder Schlieren bis nach Genf gibt

AB 2022 N 972 / BO 2022 N 972

es Orte, wo rund die Hälfte der Einwohner und Einwohnerinnen nicht stimmen und nicht wählen darf. Das hat der "Beobachter" einmal treffend als "Herrschaft des halben Volkes" betitelt.

Nehmen wir ein Beispiel aus der Nähe von dort, wo ich wohne. In Spreitenbach nahmen an den letzten Nationalratswahlen nur 10 Prozent der Bevölkerung teil. 90 Prozent blieben stumm. 61 Prozent waren Ausländer und Ausländerinnen sowie Minderjährige, die nicht wählen durften. Von den 39 Prozent, die wählen durften, haben drei Viertel verzichtet.

"Government of the people, by the people, for the people", heisst es so schön in der amerikanischen Erklärung dessen, was das Fundament der Demokratie ist. Bei uns sieht das anders aus. Dabei ist, glaube ich, unbestritten, dass sich die Qualität der Demokratie daran misst, wie gross der Anteil der Menschen ist, die die Regeln, welche alle betreffen, auch selbst mitgestalten.

Es ist urliberal, zu sagen: Der Staat darf uns keine fremden Regeln auferlegen, wie das früher Könige und Kaiser taten, sondern wir erlegen uns unsere Regeln selbst auf. Das ist Demokratie! Wenn in einem Land immer weniger Menschen an der Demokratie teilnehmen können, dann führt das zu einer schleichenden Verschlechterung ebendieser Demokratie.

Bis 1971 hatten wir in der Schweiz ein Demokratieproblem. Dieses haben wir mittlerweile gelöst. Nun haben wir ein weiteres Demokratieproblem. Deshalb laden wir Sie ein, zu dessen Lösung beizutragen, indem Sie die parlamentarische Initiative unterstützen.



Auf den ersten Blick scheint es ein grosses Wagnis zu sein. Umgekehrt – Sie wissen es, die Kantone Jura und Neuenburg kennen das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer seit über fünfzig bzw. zwanzig Jahren – habe ich noch nie von negativen Erfahrungen gehört. Über 600 Gemeinden in sechs verschiedenen Kantonen kennen dieses Stimm- und Wahlrecht; der Kanton Jura kennt es seit seiner Gründung. Negative Erfahrungen? Fehlannonce. Im Gegenteil, wenn man dort mit Gemeindevertreterinnen und -vertretern spricht, dann hört man von positiven Erfahrungsberichten: über substanzielle Beiträge der neuen Stimmberechtigten, über den Wert der Wertschätzung für die Mitbewohnerinnen und Mitbewohner ohne Schweizer Pass sowie darüber, wie das Mitbestimmen-Dürfen auch die Akzeptanz der gefällten Entscheide stärkt.

Es wird oft gesagt, die Erleichterung der Einbürgerung sei der Königsweg. Ich meine, solange sich gerade jene dem Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer am vehementesten verschliessen, die auch die Einbürgerungshürden immer höher machen wollen – Sie wissen, von welcher Partei ich spreche –, solange das deren Argument ist, muss ich sagen, geht dieses Argument nicht auf. Wir haben heute eine Welt mit viel mehr Mobilität, nicht nur zwischen den Kantonen, sondern auch über die Landesgrenzen. Demokratie für die Zukunft heisst, Betroffene zu Beteiligten zu machen, auch unter diesen neuen Grundbedingungen. Entwickeln wir unsere Demokratie weiter, damit sie besser, damit sie breiter abgestützt wird!

Heer Alfred (V, ZH): Herr Kollege Glättli, Sie haben die US-amerikanische Verfassung zitiert. Das ist eine grossartige Verfassung. Können Sie mir sagen, ob die Ausländer in den Vereinigten Staaten von Amerika stimmberechtigt sind?

Glättli Balthasar (G, ZH): Auch die Vereinigten Staaten, das wissen Sie, haben eine schwierige Geschichte in ihrem eigenen Land, nicht nur, was das Ausländerstimmrecht betrifft, sondern auch, was die Akzeptanz von Menschen mit anderer Hautfarbe betrifft. Wenn ich dieses Ideal zitiere, zitiere ich es, weil es ein Ideal ist, das uns aus meiner Sicht auch heute leiten sollte, ein Ideal, das auch die Vereinigten Staaten leiten sollte.

Atici Mustafa (S, BS): Die Schweiz des 21. Jahrhunderts ist vielfältig. Ein Viertel der Bevölkerung in unserer Gesellschaft hat einen ausländischen Pass. Über 1,2 Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger ohne Schweizer Pass leben seit mehr als zehn Jahren in der Schweiz.

Es ist Zeit, dass die Realität unserer Gesellschaft auch in unserer Demokratie ankommt. Wir werden weltweit für unsere direkte Demokratie anerkannt. Diese bleibt aber unvollständig, solange in verschiedenen Städten und Gemeinden mehr als die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner kein Stimm- und Wahlrecht hat. Mit meiner parlamentarischen Initiative beantrage ich, dass Einwohner und Einwohnerinnen ohne Schweizer Bürgerrecht spätestens nach fünf Jahren Wohnsitz in der Schweiz die vollen politischen Rechte in kommunalen Angelegenheiten ausüben können.

Dieser Grundsatz ist für einige Kantone nichts Neues. Schon heute haben wir sieben Kantone, die diese Möglichkeit mindestens auf Gemeindeebene anbieten. Im Kanton Neuenburg beispielsweise gibt es dieses Recht seit 1849. In Neuenburg kann im Kanton und in der Gemeinde abstimmen und wählen, wer die Niederlassung C hat und seit fünf Jahren im Kanton wohnt. Das gleiche Recht gilt im Kanton Freiburg. Insgesamt gewähren in der Schweiz inzwischen 605 Gemeinden ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern ohne Schweizer Pass das Stimm- und Wahlrecht.

Von Problemen habe ich bis jetzt nichts gehört, ganz im Gegenteil: Es ist ein wichtiger Beitrag zu einer gelungenen Integration. Die Akzeptanz und die Erfahrungen sind gut. Was ich verlange, ist realistisch. Wenn es in 605 Gemeinden gut funktioniert, warum sollte es dann nicht auch in den anderen 1590 Gemeinden funktionieren?

Damit entsteht kein Wettbewerb um den Schweizer Pass. Wer sich später einbürgern lässt, wird dann auch auf kantonaler und auf eidgenössischer Ebene wählen und stimmen können.

Es ist zudem eine Frage der Rechtsgleichheit, dass diese politischen Rechte auch in den übrigen rund 1590 Gemeinden zum Tragen kommen und dieses Recht beim Umzug in eine andere Gemeinde oder in einen anderen Kanton nicht verwirkt wird. Niemand käme heute noch auf die Idee, den Frauen das Stimm- und Wahlrecht in einigen Gemeinden zu gewähren und in anderen nicht.

Die Erfahrungen sowohl in der Romandie als auch in der Ostschweiz sind sehr positiv. Viele Gemeinden sind froh, dass sich die Menschen ins lokale Leben einbringen. Das Stimm- und Wahlrecht für alle würde den Kreis jener, die sich für die Öffentlichkeit einsetzen wollen, deutlich erweitern. Deshalb wollen wir zuerst auf kommunaler Ebene beginnen. Etwas Neues soll zuerst auf der Gemeindeebene Wurzeln schlagen und wachsen. Das ist schweizerisch. Zuerst sollte man dort aktiv werden, wo man lebt. Eine Teilhabe auf kommunaler Ebene ist eine richtige Teilhabe. Die Identität festigt sich zuerst auf Gemeindeebene. Das Stimm- und Wahlrecht leistet einen wichtigen Beitrag an die Integration, was gut für uns alle ist.



Was ich hier vorschlage, ist kein Novum. Es ist etwas, das in einem Teil unseres Landes hervorragend funktioniert und das wir auf das ganze Land ausdehnen sollten. Die Wohnfrist von fünf Jahren gilt in den Kantonen Freiburg und Neuenburg und hat sich bewährt.

Unsere Demokratie ist ausbaufähig, das erleben wir seit mehr als 150 Jahren. Von jeder Erweiterung haben die Gesellschaft und das Land profitiert. Alle Befürchtungen vor einer Ausweitung oder Einbindung wurden in der Praxis widerlegt. Wollen wir, dass künftig in einigen Städten Personen ohne Wahl- und Stimmrecht die Mehrheit bilden? Schon heute ist das in Kreuzlingen oder Spreitenbach der Fall. Dort entscheidet eine knappe Minderheit über politische Anliegen. Diese ungesunde und undemokratische Entwicklung darf nicht zur Norm werden. Dagegen sollten wir etwas unternehmen. Unsere Demokratie, unsere Gesellschaft und unser Gemeinwesen werden mittel- und langfristig davon profitieren.

Schläpfer Therese (V, ZH): Geschätzter Kollege Atici, Sie loben die Schweiz und das richtig Schweizerische. Weshalb missachten Sie dann den Föderalismus, indem Sie ein Bundesgesetz über alle Gemeinden und Kantone stülpen wollen?

AB 2022 N 973 / BO 2022 N 973

Atici Mustafa (S, BS): Vielen Dank für die Frage, liebe Kollegin. Ich missachte natürlich nichts. Was ich hier vorschlage, ist etwas, das in 605 Gemeinden gut funktioniert und mit dem wir bis jetzt nur gute Erfahrungen gemacht haben.

Klopfenstein Broggini Delphine (G, GE): Oser plus de démocratie, c'est une démarche que nous connaissons en Suisse, et cela depuis plus de cent ans. Renforcer notre démocratie à travers l'intégration fait partie d'un cursus quasiment historique en Suisse. Cela commence en 1915, date à laquelle le suffrage n'était accordé qu'aux hommes qui payaient un certain impôt. Il a ensuite fallu attendre 1971 pour que les femmes puissent elles aussi accéder au suffrage. Puis, en 1991, la majorité politique est passée à 18 ans, ce qui fut un pas supplémentaire vers plus de démocratie. Le processus de renforcement de la démocratie est donc un processus historique, inhérent à l'évolution de notre pays. Car oui, plus le corps électoral est étendu, plus ses décisions sont légitimes pour l'ensemble du pays.

Au niveau cantonal, il est intéressant d'observer que, depuis 2005, pas moins de 17 initiatives populaires ont été déposées sur cette même question dans l'ensemble des cantons, et même si Zurich vient de refuser le droit de vote à 16 ans, le sujet reste complètement d'actualité. Toutes ces initiatives n'ont pas été acceptées, mais certaines l'ont été ou du moins ont fait débat. Prenons l'acceptation par le peuple du droit de vote pour les étrangers à Bâle-Ville en 2005, où la nouvelle Constitution offre cette possibilité dans les communes de Riehen et Bettingen. A Fribourg, le droit de vote et d'éligibilité des étrangers au niveau communal est approuvé en 2006. A Genève, l'initiative visant à introduire un tel droit de vote au niveau communal est approuvée en 2005. Aux Grisons, depuis 2004, la nouvelle Constitution permet le droit de vote et d'éligibilité facultative aux étrangers au niveau des communes. Dans le Jura, en 2014, le droit d'éligibilité des étrangers est étendu à l'exécutif cantonal. A Neuchâtel, en 2007, le droit d'éligibilité des étrangers au niveau cantonal est refusé mais est accepté au niveau communal. Je citerai enfin l'exemple du canton de Vaud où, en 2011, l'initiative populaire, "Vivre et voter ici – Droits politiques des étrangères et des étrangers sur le plan cantonal", est rejetée mais suscite très clairement un fort intérêt.

Tous ces exemples montrent que la question du droit de vote et d'éligibilité des étrangers constitue un vrai sujet de société. Le fait que les cantons s'en soient emparés de cette manière montre que nous devons en débattre ici aussi, sous la Coupole.

Les personnes soumises à une loi ou à des décisions politiques, parce qu'elles habitent le pays, doivent pouvoir participer à l'élaboration de ces dernières, que ce soit en élisant les organes qui décident de ces lois, soit en soumettant des décisions au Parlement, à un référendum, ou même à une initiative populaire. C'est par ce prisme que se mesure la qualité d'une démocratie; c'est précisément par ce prisme que se définit la qualité de notre démocratie. Nous sommes face à un défi que la Suisse n'a toujours pas osé relever, mais qui est, pourtant, lié à son évolution historique et à sa progression démographique.

C'est un fait: un quart des personnes vivant en Suisse, donc soumises au droit suisse, ne participent pas à l'élaboration de ce droit. A Genève, c'est une personne sur deux; une personne sur deux! C'est une erreur pour notre démocratie, qui a l'ambition d'être parmi les plus parfaites du monde. Si la voie de la naturalisation reste une option, mais patine, celle que propose mon collègue Glättli est très claire: toute personne qui réside légalement cinq ans au minimum en Suisse doit pouvoir participer au vote. Cette durée de cinq ans est une proposition qui pourrait évidemment être ajustée.



Je vous remercie de faire bon accueil à ce texte.

Marra Ada (S, VD): Il me faut rappeler la situation dans notre pays sur la question de la naturalisation, puisque certains pensent que c'est la seule façon de pouvoir s'exprimer pour les personnes vivant dans notre pays.

En 2018, vous avez décidé de durcir les procédures de naturalisation ordinaires dans ce pays. Vous avez décidé de fait d'exclure les pauvres et les personnes peu formées de cette procédure en introduisant des examens oraux et écrits obligatoires, et en supprimant la possibilité de faire une demande pour toute personne ayant été à l'aide sociale au cours des trois années précédentes. Cela concerne des dizaines de milliers de personnes provenant de la vague migratoire des années 1960, des personnes qui ont construit notre pays, dans le vrai sens du terme, qui ont construit nos infrastructures. Elles ont fait prospérer économiquement notre pays. Et vous, vous avez décidé que l'accès à la nationalité leur serait nié de fait, car vu les conditions restrictives et sévères, elles n'iront pas demander la naturalisation.

Alors, si vous pensez que ces personnes ne sont pas dignes de partager avec nous une nationalité, il serait grand temps de leur manifester un geste de reconnaissance en leur accordant le droit de vote. L'initiative parlementaire Atici n'est pas outrancière et se situe dans l'espace politique communal. C'est peu de choses en vérité.

Ce droit, et cela a déjà été mentionné, existe dans plusieurs communes, voire cantons, en Suisse. Or, en cas de déménagement sur un autre territoire communal, une personne sans passeport se verrait enlever ce droit. On nous dit souvent que c'est une affaire de fédéralisme. Mais pourquoi le fédéralisme devrait-il être nivelé par le bas? Le fédéralisme peut aussi se traduire par un nivellement par le haut et par l'attribution de plus de droits. Il ne devrait en tout cas pas en enlever.

On nous dit également que les étrangers, s'ils veulent voter, doivent aussi remplir certains devoirs, notamment l'obligation militaire. Donc les hommes et les femmes suisses qui choisissent de ne pas faire l'armée ne rempliraient pas leurs devoirs? Comme si les devoirs d'un habitant de ce pays n'étaient pas uniquement et seulement le respect de la Constitution.

Et en parlant des devoirs, j'aimerais souligner qu'en fait, les étrangères et étrangers les remplissent à leur insu sans pouvoir exercer leur droit. Je m'explique: au moment d'attribuer le nombre d'élus par canton au Conseil national, la population du canton est prise en compte – toute la population, aussi celle qui ne possède pas de passeport suisse. Et si ces personnes participent à notre système politique en étant incluses dans la représentation cantonale nécessaire à ce calcul, elles ne peuvent pourtant pas décider qui va les représenter. C'est assez particulier, je dois le dire. J'aimerais revenir sur une particularité constitutionnelle suisse. L'article 37 alinéa 1 de la Constitution fédérale spécifie que: "A la citoyenneté suisse toute personne qui possède un droit de cité communal et le droit de cité du canton." On n'a donc pas un lieu d'origine parce que l'on est Suisse; on est Suisse parce que l'on a un lieu d'origine; c'est ce lieu d'origine qui donne des droits.

Notre collègue Atici essaie à juste titre de mettre l'accent sur le lieu de résidence et non sur le lieu d'origine, parce que ce lieu d'origine est un peu magique. Combien sommes-nous à avoir, inscrit sur notre passeport, un lieu d'origine que nous n'avons peut-être jamais visité, mais qui a été repris de génération en génération, un lieu qui, en quelque sorte, nous donnerait le droit de décider de l'avenir de notre pays ou de notre commune. Avec ce système, on élimine du processus de décision une population permanente de notre société: celles et ceux qui n'ont pas un lieu d'origine inscrit sur leur carte d'identité, mais qui ont un lieu de résidence. Ce qui déjà en soi est une absurdité dans notre monde de mobilité.

Dans le fond, on distingue la nationalité par le lieu d'origine et la citoyenneté par le lieu de résidence. La citoyenneté pourrait être comprise comme la qualité d'un membre participant à une communauté par le simple fait d'exister, d'y vivre et d'y évoluer, et elle devrait donner ce droit de décider.

Pour toutes ces raisons, nous vous demandons de donner suite à l'initiative Atici qui reconnaît, dans le sens de voir et de remercier, une grande partie de notre population et qui fait évoluer dans le bon sens notre démocratie, où le pouvoir de décider se concentre de plus en plus dans les mains de toujours moins de monde.

Binder-Keller Marianne (M-E, AG), für die Kommission: Wir befinden heute über zwei parlamentarische Initiativen, die

AB 2022 N 974 / BO 2022 N 974

sich inhaltlich sehr ähnlich sind und die wir deshalb gemeinsam besprechen. Es geht um das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer.

Einerseits handelt es sich um eine parlamentarische Initiative der grünen Fraktion. Ausländerinnen und Ausländer, welche sich rechtmässig in der Schweiz aufhalten, sollen nach mindestens fünf Jahren das aktive und passive Stimm- und Wahlrecht auf Bundesebene erhalten. Das heisst, sie sollen stimmen, wählen und selber





gewählt werden dürfen, also Einsitz im Nationalrat und auch in der Landesregierung nehmen dürfen. Andererseits möchte die Initiative Atici Einwohnerinnen und Einwohnern ohne Schweizer Bürgerrecht nach fünf Jahren Wohnsitz in der Schweiz die vollen politischen Rechte auf kommunaler Ebene gewähren. Dies soll in der Bundesverfassung festgehalten, also von oben diktiert werden.

Die Begründung lautet bei beiden Initiativen ähnlich. Bei einem so hohen Ausländeranteil müsse sich die Demokratie der Zeit anpassen und eben allen Menschen, die in unserem Land leben, Steuern zahlen, die Kinder in die Schule schicken und sich am Leben im Land beteiligen, die gleichen Mitgestaltungsrechte gewähren.

Die Mehrheit Ihrer Staatspolitischen Kommission beantragt, beiden Initiativen keine Folge zu geben; der Entscheid fiel mit 17 zu 8 Stimmen. Die Begründung:

1. Ausländerinnen und Ausländer, die sich am politischen Leben beteiligen möchten, können dies erreichen – das ist das grundsätzlichste Argument –, indem sie sich einbürgern lassen. Diese Möglichkeit besteht bei erfolgter Integration. Das Problem, welches die Initiantinnen und Initianten beschäftigt, nämlich dass ein signifikanter Teil der Bevölkerung über keine politischen Rechte verfügt, kann über die Einbürgerung gelöst werden. Die relativ pauschale Begründung, Ausländerinnen und Ausländer hätten keine Rechte, nur Pflichten, teilt die Kommissionsmehrheit nicht. Es ist schliesslich auch ein Recht, sich nicht einbürgern zu lassen. Von diesem Recht machen ganz offensichtlich sehr viele Menschen in diesem Land Gebrauch. Beispielsweise haben sie dann ja auch nicht die Pflicht, den Militärdienst besuchen zu müssen. Trotzdem haben sie das Recht, beispielsweise die Schutzleistungen der Armee zu beanspruchen, wie alle Einwohnerinnen und Einwohner in diesem Land.

2. Auf kommunaler Ebene ein Stimm- und Wahlrecht einzuführen, obliegt den Kantonen und den Kommunen, sie beurteilen ihre lokalen Gegebenheiten; einige haben es getan, andere nicht. Ein solches kommunales Stimm- und Wahlrecht jedoch zentral einzuführen, widerspricht dem föderalen System und auch dem Subsidiaritätsprinzip. Ausserdem gibt es verschiedene Kantone, die das selber abgelehnt haben, beispielsweise der Kanton Solothurn am 28. September 2021 mit 74 Prozent Nein-Stimmen. Die Mehrheit Ihrer Kommission will also nicht demokratische Entscheide auf nationaler Ebene unterlaufen.

3. Die Kommission erachtet, und dies sogar ungeteilt, die Integration der Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz als zufriedenstellend. Angesichts eines der höchsten Ausländeranteile in Europa gibt es kaum nennenswerte Schwierigkeiten, und ganz offensichtlich fühlen sich die Menschen ausländischer Staatsbürgerschaft abgeholt.

Erlauben Sie mir vielleicht noch eine kurze persönliche Bemerkung am Schluss. Herr Kollege Glättli, dem Spruch – ich weiss nicht, wie er genau heisst –, die Frauen von gestern, die ohne Stimmrecht, seien die neuen Einwohnerinnen ohne Pass von heute, muss ich vehement widersprechen. Damals, bevor das Frauenstimmrecht eingeführt wurde, war es einfach eine schreiende Ungerechtigkeit, Bürgerinnen und Bürger in einem Land unterschiedlich zu behandeln, den Frauen das Stimm- und Wahlrecht abzusprechen. Hier haben sie die Möglichkeit, sich einbürgern zu lassen. Diese Chance hat jeder, der sich in diesem Land aufhält – wenn er das tun will.

Wir bitten Sie also, diesen Initiativen keine Folge zu geben.

Cottier Damien (RL, NE), pour la commission: Deux initiatives parlementaires vous sont soumises, celle du groupe des Verts qui vise à introduire le droit de vote au niveau fédéral pour les étrangers, ce qui implique une modification de la Constitution et de la loi fédérale sur les droits politiques, et celle de M. Atici qui vise à ce que la Confédération accorde ce droit de vote au niveau communal, ce qui implique aussi une modification constitutionnelle.

Il s'agit d'une intervention qui touche assez fortement au fédéralisme. Ce serait probablement un peu une première que la Confédération intervienne de manière aussi forte dans les droits politiques, dans la souveraineté des cantons et dans l'autonomie communale. Puisque plusieurs fois aujourd'hui certains intervenants ont fait la comparaison avec l'introduction du droit de vote des femmes, je vous rappelle que ce n'est pas une décision du Parlement qui a imposé ce droit de vote des femmes au niveau des cantons. Ce sont des décisions de tous les cantons. Un canton résistait et c'est le Tribunal fédéral qui a décidé de le lui imposer, mais non pas sur la base d'une décision de principe prise par le Parlement d'introduire le droit de vote, mais sur la base de l'article sur l'égalité. On est donc complètement dans une autre dimension. C'est la première fois que le Parlement, et la Confédération, imposeraient quelque chose qui va aussi loin dans la souveraineté cantonale et communale. C'est donc dire qu'il s'agit d'une thématique importante, mais la commission a constaté que la situation était très différente d'un canton à l'autre, cela a déjà été évoqué par quelques-uns. Le droit de vote au niveau cantonal est accordé aux étrangers uniquement par deux cantons, le canton du Jura depuis 1979 et le canton de Neuchâtel depuis 2001, cela à des conditions différentes d'ailleurs, notamment en ce qui concerne la durée



de résidence. Le droit de vote au niveau communal est accordé par le canton de Genève. Le droit de vote et l'éligibilité au niveau communal sont accordés par les cantons de Fribourg, Vaud, Jura et Neuchâtel; là aussi à des conditions différentes qui peuvent aller d'une exigence de domiciliation d'un an à dix ans – donc on voit qu'il y a une différence. Il y a aussi des nuances: le canton du Jura, par exemple, ne permet pas aux étrangers d'être élus au poste de maire. On voit que tous les cantons que j'ai cités sont uniquement des cantons de Suisse romande. Il y a trois autres cantons, des cantons alémaniques, qui donnent la possibilité, mais pas l'obligation, à leurs communes d'introduire ce droit de vote au niveau communal, ce sont les cantons d'Appenzell Rhodes-Extérieures, des Grisons et de Bâle-Ville. En Appenzell et aux Grisons, 20 pour cent des communes en ont fait usage, donc 80 pour cent ne l'ont pas fait, et dans le canton de Bâle-Ville, les deux seules communes hors de la ville de Bâle qui sont concernées n'ont pas fait usage de ce droit.

On constate donc que la situation est extrêmement différente d'un canton à l'autre. C'est une mosaïque typiquement suisse, avec des réglementations différentes. Seule une minorité assez claire de cantons et de communes ont fait usage de cette possibilité. On ne voit donc pas une tendance qui nécessiterait que le législateur fédéral intervienne pour imposer cela à quelques cantons. Au contraire, il s'agit plutôt d'une minorité. On ne comprend donc pas bien – c'est l'avis de votre commission – la raison d'une intervention aussi forte dans la conception même du fédéralisme suisse. Ce dernier n'implique pas que l'Etat fédéral impose des règles aux cantons et aux communes, mais bien l'inverse: l'Etat suisse est créé depuis la base, depuis les communes, particulièrement depuis les cantons, notamment sur une question aussi importante liée à la souveraineté.

La comparaison avec le droit de vote des femmes est tout de même relativement imparfaite. Une différence subjective était faite. Le constituant considérait, d'une manière qui paraît heureusement complètement désuète aujourd'hui, qu'en définitive les femmes étaient moins à même de participer aux votations, choix qui était tout à fait subjectif. Alors que, dans le cas qui nous concerne, il existe une différence objective: la nationalité. Cela a été dit concernant ce critère: celles et ceux qui souhaitent voter et être élus peuvent faire une demande de naturalisation.

Je viens d'un canton, Neuchâtel, qui donne le droit de vote au niveau communal, cela depuis 1849 d'ailleurs. Au niveau cantonal, j'ai soutenu ces réformes à titre personnel. Je ne vois toutefois pas pourquoi, parce que le canton de Neuchâtel a décidé de faire cela, nous devrions l'imposer

AB 2022 N 975 / BO 2022 N 975

aux autres cantons et aux autres communes qui ne le souhaitent pas.

Enfin, plusieurs d'entre vous ont dit aujourd'hui qu'il fallait améliorer le système politique, la qualité de notre démocratie. J'aimerais souligner, au nom de la commission, que si suite devait être donnée à ces deux initiatives, les étrangers auraient à l'avenir le droit de vote aux niveaux communal et fédéral, mais ils ne l'auraient pas au niveau cantonal. En termes d'améliorations et d'égalité, vous créeriez un système qui serait tordu et qui ne gommerait pas les différences objectives qui existent aujourd'hui.

Pour toutes ces raisons et par 17 voix contre 8, la commission vous propose de ne pas donner suite à ces deux initiatives parlementaires. Deux minorités, pour les raisons qui ont été évoquées, proposent d'y donner suite.

21.405

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Die Kommissionmehrheit beantragt, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben. Eine Minderheit Klopfenstein Broggini beantragt, der parlamentarischen Initiative Folge zu geben.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.405/25079)

Für Folgegeben ... 63 Stimmen

Dagegen ... 113 Stimmen

(0 Enthaltungen)

21.414

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Die Kommissionmehrheit beantragt, der parlamentarischen Initiative



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2022 • Fünfte Sitzung • 07.06.22 • 14h30 • 21.405
Conseil national • Session d'été 2022 • Cinquième séance • 07.06.22 • 14h30 • 21.405



keine Folge zu geben. Eine Minderheit Marra beantragt, der parlamentarischen Initiative Folge zu geben.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.405/25080)

Für Folgegeben ... 63 Stimmen

Dagegen ... 110 Stimmen

(4 Enthaltungen)